

# Iran, Syrien, Hisbollah - Endspiel für die „Achse des Widerstands“?

**Debatte mit Markus Bickel (FAZ) und Jörn Schulz (Jungle World) über die Entwicklung in Iran, Syrien und Libanon**

15. Februar 2012 im Robert-Koch-Saal, Berlin

Eine Veranstaltung im Rahmen der [Berlin Middle East Talks \(B'EMET\)](#) von [Scholars for Peace in Middle East \(SPME\)](#) und dem [Mideast Freedom Forum Berlin \(MFFB\)](#).

**Moderation:** Jonathan Weckerle vom Mideast Freedom Forum Berlin

*Jörn Schulz studierte Geschichte und Politik des Nahen Ostens als Schwerpunkt. Er ist seit 2001 Auslandsredakteur der Berliner Wochenzeitung Jungle World.*

*Markus Bickel war von 1997 bis 2002 Politredakteur bei der Jungle World und arbeitete dann als freier Korrespondent in Sarajevo. Von 2005 bis 2008 war er Korrespondent in Beirut. Seit 2008 ist er Redakteur mit Schwerpunkt Naher Osten bei der FAZ.*

## Wachsende Aggressivität des iranischen Regimes

**Jörn Schulz:** Die Frage, die die Menschen in Israel, im Iran, aber auch hier am meisten beschäftigt, ist: Gibt es einen Krieg im persischen Golf, einen Krieg mit dem Iran. Seit 2003, seit öffentlich über das iranische Atomprogramm gesprochen wird, ist immer wieder die Rede davon, dass unmittelbar ein israelischer, ein amerikanischer Angriff oder beides bevor steht. Passiert ist bisher nichts. Wenn man noch länger zurück denkt, hat jeder amerikanische Präsident seit der iranischen Revolution 1979 den Satz "all options on the table" benutzt, also alle Maßnahmen behalte man sich vor, einschließlich kriegerischer.

Dennoch wird die Kriegsgefahr größer. Erstens: Je näher der Iran der Atombombe kommt, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Der zweite Grund ist eine relativ neue Entwicklung. Es ist die wachsende Aggressivität des iranischen Regimes, die sich einmal in noch offensiveren Drohungen, als man sie zu früheren Zeiten gehört hat, äußert. Beispielsweise die Drohung der Sperrung der Straße von Hormus, die zudem auch als Antwort auf zivile Maßnahmen, also auf weitere Sanktionen, angedroht wird. Es wird im Iran mittlerweile auch offen über einen Präventivschlag gegen Israel diskutiert. Ein drittes Zeichen ist die wachsende Zahl vereitelter und auch geglückter Anschläge. Man muss feststellen, eigentlich handelt das iranische Regime momentan aus einer Position der Schwäche. Aber gerade deshalb könnte es so sein, dass die Machthaber im Iran sich überlegen, den Zeitpunkt einer Konfrontation, die eigentlich unvermeidlich ist, selber zu wählen.

Mit wem haben wir es hier eigentlich zu tun? Es ist eben nicht so, dass die Diktatoren im Iran Leute sind, die daran interessiert sind, ihr Schweizer Bankkonto zu füllen, solange

es geht. Und wenn die Einschläge zu nah kommen, dann packt man schnell seine Goldbarren und verschwindet im Präsidentenjet, so wie es Ben Ali gemacht hat. Damit kann man im Iran nicht rechnen. Wir haben es hier zu tun mit einem hoch ideologisierten Regime, das sehr ehrgeizige politische Ziele verfolgt. Wir haben es zu tun mit einem Regime, das dem so genannten Revolutionsexport, also der Verbreitung seiner Ideologie, seines politischen Modells in der Region und in der gesamten Welt, sogar Verfassungsrang gegeben hat und das seinem Selbstbild nach eine potentiell führende Macht der islamischen Welt, ja sogar eine neue Weltmacht sein soll. Das heißt, wenn man Meldungen liest über Holocaustleugnung, über Vernichtungsdrohung gegen Israel oder über den alltäglichen Tugendterror, muss man immer bedenken, dass es sich hier nicht um einzelne Spinnereien irgendwelcher übereifriger Geistlicher handelt, sondern tatsächlich um etwas, was zu den Existenzbedingungen eines solchen Regimes gehört. Sie können tatsächlich nicht anders.

Wir stehen momentan vor der Situation, dass der Iran nach einigen Erfolgen - also nach Jahren, in denen er durchaus einigen Einfluss hat nehmen können auf die Entwicklung der Region, über die Hisbollah im Libanon, aber auch im Irak über bestimmte Verbündete, zum Teil auch in Afghanistan - mittlerweile in einer Krise angekommen ist, die als existentiell bezeichnet werden muss. Sie geht einher mit einer Machtverschiebung innerhalb des iranischen Regimes.

Wir haben es zum einen zu tun mit einer ökonomischen Krise, die verschärft wird durch die Sanktionen, die seit einigen Monaten ernsthaft betrieben werden, so dass sie auch eine ökonomische Wirkung zeigen. Beispielsweise mit dem Verfall der iranischen Währung wächst die Inflation. Das muss man natürlich immer in Verbindung sehen mit Problemen, die sich das iranische Regime selbst bereitet hat, also mit der sehr stark grassierenden Korruption, mit der Misswirtschaft, die verschiedene staatskapitalistische Fraktionen innerhalb des Regimes betreiben, die sich beispielsweise über die Privatisierung bereichern. Sie versuchen, ihre jeweiligen Klientelgruppen zu bevorzugen, geraten damit aber wiederum in Konflikt mit anderen Klientelgruppen, die auch zum Regime gehören, so dass wir es mit wachsenden internen Streitigkeiten innerhalb des iranischen Regimes zu tun haben.

Insgesamt kann man feststellen, dass wir seit dem Amtsantritt von Ahmadinedschad den Aufstieg einer Militärbourgeoisie beobachten können, die nicht einfach nur eine zweite Armee neben der regulären Armee ist, sondern auch eine Wirtschaftsmacht. Wie immer gibt es nur sehr grobe Schätzungen darüber, wie groß diese Wirtschaftsmacht ist, aber den Revolutionswächtern gehört von Hühnerfarmen über Computerfabriken bis zu Ölanlagen sehr viel. Das führt natürlich zu Konflikten mit anderen Gruppen innerhalb des Regimes, die auch von den herrschenden Verhältnissen profitieren wollen, beispielsweise mit den Stiftungen hoher Geistlicher, so dass man sagen kann, der Kreis der Mächtigen wird immer enger.

Wenn man sich die Entwicklungen seit 1979 anschaut, hat man zunächst jene ausgeschaltet, die gemeinsam mit den Islamisten die Revolution gemacht haben, also Liberale und Linke. Dann sind vor einigen Jahren, mittlerweile endgültig, die Reformer ausgeschaltet worden. Die so genannten „Reformer“ muss man vielleicht sagen, weil bei vielen von ihnen sehr fraglich ist, wie weit denn die Abkehr vom Islamismus gehen soll. Aber diese Leute haben mittlerweile auch keine Chance mehr, in der öffentlichen Politik

mitzumischen. Mittlerweile streiten sich sogar Khamenei und Ahmadinedschad, also auch jene Fraktionen, die noch übrig geblieben sind.

Es gibt mittlerweile auch die Vorstellung, dass man vielleicht ganz auf den Präsidenten verzichten kann. Damit sind natürlich wieder andere Leute nicht einverstanden. Das Ganze ist noch im Zusammenhang damit zu sehen, dass innerhalb eines ohnehin schon hoch ideologisierten Regimes eine Fraktion von Apokalyptikern wachsenden Einfluss bekommen hat. Bei diesen Apokalyptikern handelt es sich um Leute, die in der Erwartung leben, dass der al-Mahdi, der Erlöser, auf der Erde erscheinen kann und die letzte Schlacht zwischen Gut und Böse dann stattfindet. Wer die Guten sind, ist klar. Die Bösen sind vor allem Amerikaner und Israelis. Besonders brisant wird diese Vorstellung, wenn sie damit verbunden wird, dass man auch etwas zur Beschleunigung der Ankunft des Erlösers tun kann. Einen Krieg gegen Israel zu führen, wäre eine Möglichkeit.

Wenn man bedenkt, dass immerhin der Präsident Ahmadinedschad selber allen Ernstes die These vertreten hat, die Amerikaner hätten den Irakkrieg geführt, um die Ankunft des al-Mahdi zu verzögern, muss man davon ausgehen, dass solche Anschauungen zumindest einen Einfluss auf wichtige Leute im Regime haben. Gleichzeitig, während sich diese Leute untereinander immer mehr streiten, wird auch immer klarer, wie groß die Ablehnung dieses Regimes in der Bevölkerung ist. Die Proteste im Jahr 2009 nach den Wahlen haben das eindeutig gezeigt. Das heißt, es wird immer enger für das Regime.

Was an neuen Faktoren ebenfalls hinzugekommen ist, ist etwas, was zwar in der iranischen Propaganda gerne als „islamisches Erwachen“ bezeichnet wird - die Revolten in der arabischen Welt - was aber meiner Ansicht nach für die iranischen Islamisten eher so etwas wie ein ideologisches Stalingrad gewesen ist: Nämlich die Abwendung der sunnitischen Islamisten, der Muslimbruderschaft, der En Nahda und tendenziell sogar der Hamas vom Iran. Die ägyptische Muslimbruderschaft sagt in aller Deutlichkeit: Mit dem Iran wollen wir nichts zu tun haben. Und selbst die Hamas, die lange Zeit ein Verbündeter war, scheint sich vom Iran abzuwenden. Wichtige Verbündete in der Region sind geschwächt. Das syrische Regime steht kurz vor dem Fall, man weiß nicht, wie lang das noch dauern wird. Die Hisbollah hat stark an Popularität verloren. Und die Arabische Liga, vor allem die Golfmonarchien, haben an Einfluss in der Weltpolitik und in der regionalen Politik gewonnen. Auch das kommt dem iranischen Regime nicht gerade gelegen. Man muss befürchten, dass der Aufstieg der Militärbourgeoisie in Verbindung mit der wachsenden Isolation des Regimes die Neigung zum außenpolitischen Abenteuerertum steigert - und damit natürlich auch die Kriegsgefahr.

Wenn man sich fragt, welche Optionen hat das iranische Regime eigentlich überhaupt noch, dann ist es nur noch die Konfessionalisierung der arabischen Revolten. Also zu versuchen, die Schiiten beispielsweise gegen die Golfmonarchien in Stellung zu bringen. Aber es bleibt eben auch der Versuch, über eine Konfrontation mit den USA oder mit Israel die Solidarisierung vielleicht doch noch erzwingen zu können, die man so nicht ohne weiteres bekommen kann. Ob das klappen wird, sei dahin gestellt. Das ist aber zumindest eine Überlegung, die aus Sicht des iranischen Regimes nahe liegend ist. Möglicherweise hofft man sogar noch, innenpolitisch wieder gewinnen zu können. Das ist sehr zweifelhaft, da die meisten Iraner eher sagen würden: Jetzt brocken uns diese Leute auch noch einen Krieg ein.

Dennoch kann man die Kalkulation der Machthaber nicht genau einschätzen. Was ihnen da auch in den Sinn kommt, ist die Tatsache, dass die Amerikaner sehr kriegsmüde sind, und zwar keineswegs nur die Demokraten. Fast mehr noch die Republikaner. Eine Außenpolitik wie unter George W. Bush ist im Moment überhaupt nicht vorstellbar. Das heißt, man könnte eventuell damit rechnen, dass die Reaktion auf eine Provokation vielleicht gar nicht so scharf ausfällt.

Sieht man sich von der anderen Seite an, wie groß die Kriegswahrscheinlichkeit ist, muss man sagen, dass in den letzten Monaten endlich passiert ist, was Israel immer gefordert hat: Dass sich die internationale Gemeinschaft, die UNO, die europäischen Staaten, die USA sich gefälligst des iranischen Atomprogramms annehmen sollen. Man beobachtet einen Wandel in der IAEA, der Atomenergiebehörde, die unter Mohammed el-Baradei sehr iranfreundlich war, jetzt etwas schärfer gegen das iranische Atomprogramm vorgeht. Mit den Sanktionen wird nun ernst gemacht. Insofern muss man in Bezug auf Israel fragen, warum sollte es gerade jetzt den Krieg führen, den es in den letzten zehn Jahren nicht geführt hat. Der einzige Punkt könnte sein, dass das iranische Atomprogramm möglicherweise einen Status der Unangreifbarkeit erlangen könnte. Das heißt, es ist die Rede davon, dass man Anreicherungsanlagen unterirdisch anlegen wird, dass sie so verbunkert sind, dass man sie nicht mehr bombardieren kann. Wenn es ein Motiv gibt, sehr schnell zuzuschlagen, dann wird es das sein.

Das iranische Atomprogramm geht schon auf die Schahzeit zurück. Der Schah hat sich in den Siebziger Jahren in die europäische Urananreicherung eingekauft. Das islamistische Regime hat nach einer kurzen Pause dieses Programm fortgesetzt. Das drängt zwei Fragen auf: Hat das Atomprogramm militärische Ziele? Die Antwort ganz klar: Ja. Hat man schon konkret mit dem Bau von Atombomben begonnen? Das ist, soweit ich weiß, nicht der Fall. Die iranische Politik läuft darauf hinaus, sich alle Voraussetzungen in der Infrastruktur dafür zu schaffen, zu einem bestimmten Zeitpunkt sehr schnell Atombomben herstellen zu können. Darauf arbeitet man gezielt hin und diesem Ziel kommt man auch Schritt für Schritt näher.

Man kann feststellen, eine Verhandlungsbereitschaft über das Atomprogramm ist auf iranischer Seite nicht erkennbar. Die beste Möglichkeit, dieses Atomprogramm zu beenden, ist die Demokratisierung des Iran. Dabei kann man durchaus auf historische Erfahrungen zurückgreifen. Brasilien, Südkorea, Südafrika, Argentinien sind allesamt Staaten, die ein militärisches Atomprogramm hatten und es nach der Demokratisierung freiwillig aufgegeben haben. Einmal aus politischen Gründen, aber ein militärisches Atomprogramm ist auch ungeheuer teuer und man fragt sich natürlich: Wozu brauchen wir eigentlich diese Atombomben? Die Islamisten wissen, wozu sie sie brauchen, aber eine demokratische iranische Regierung würde sehr schnell darauf verzichten.

Wir haben glücklicherweise eine potenziell sehr starke Protestbewegung im Iran, wie sich 2009 gezeigt hat. Wir werden sehr bald, nämlich bei den Parlamentswahlen am 2. März sehen, ob die Opposition bereit ist, wieder die Risiken einzugehen, die die Demonstrationen auf der Straße im Iran bedeuten. Das lässt sich natürlich von hier aus schwer beeinflussen. Für die Zukunft der Frage nach Krieg und Frieden kann man eigentlich nur hoffen, dass eine demokratische Revolution im Iran dem Krieg zuvor kommt.

*Moderator: Ganz herzlichen Dank an Jörn Schulz für die klaren Worte. Nun zu Markus Bickel.*

## **Bürgerkrieg im Libanon und in Syrien**

**Markus Bickel:** Manchmal ist es die Aktualität, die die besten Einstiege schreibt. Es war am Valentinstag 2008, also genau vor vier Jahren, als in Beirut zwei große Demonstrationen stattfanden. Die eine wie schon in den beiden Jahren zuvor auf dem Märtyrerplatz, wo die Anhänger des langjährigen sunnitischen Ministerpräsidenten auf die Straße gingen. Hariri war 2005 am Valentinstag ermordet worden. Wahrscheinlich deshalb, weil er den syrischen Einfluss auf den Libanon beenden wollte. Zu diesem Schluss kam zumindest eine UN- Sonderkommission, die aufklären sollte und die syrische Seite und ihre libanesischen Verbündeten in den Geheimdiensten für den Mord verantwortlich machte. Bei dieser Demonstration waren Hunderttausende auf dem Platz.

Einige Kilometer südlich vom Märtyrerplatz, in der schiitischen Vorstadt Dahiye, fand ebenfalls eine Kundgebung statt, für Mughniyya, der zwei Tage zuvor in Damaskus ermordet worden war. Die beiden Herren könnten unterschiedlicher nicht sein: Während Hariri vom Westen hofiert wurde, war Mughniyya der langjährige Militärführer der Hisbollah oder der Leiter des „externen Sicherheitsapparats“, wie er in Sicherheitskreisen genannt wird. Er war damit auch verantwortlich für Anschläge wie diejenigen in Indien und Georgien.

Der bekannteste Anschlag, der auch die Gründung der Hisbollah Anfang der Achtziger Jahre einleitete, war der auf den Stützpunkt der US-Marines auf dem Beirut Flughafen 1983. Dafür wurde Mughniyya verantwortlich gemacht, ebenso wie für Flugzeugentführungen und Anschläge auf israelische und jüdische Einrichtungen in Argentinien in den Neunziger Jahren. Er stand also für eine Linie in der Hisbollah, die ihren Ruf als Terrororganisation gefestigt hat. Mughniyyas Tod war ein großer Verlust für die Partei. Entsprechend war das Aufgebot an Funktionären. Auch der damalige iranische Außenminister Mottaki war 2008 in Dahiye da, um Mughniyya gebührend zu verabschieden.

Diese beiden Veranstaltungen konnten unterschiedlicher nicht sein. Der Mord an Hariri löste damals die Zedern-Revolution aus. Die Demonstranten forderten den Abzug der syrischen Truppen und die Einrichtung einer internationalen Kommission, die diesen Mord aufklären sollte. Detlev Mehlis, Berliner Oberstaatsanwalt, wurde bald nach Beirut geschickt, diese Forderung wurde erfüllt. Er hat syrische Stellen dafür verantwortlich gemacht, und syrische Truppen sind bald aus dem Libanon abgezogen worden. Das war sicherlich ein früher Erfolg der Zedernrevolution oder des Beirut Frühlings, wie er auch genannt wurde.

Die Libanesen sprachen und sprechen lieber vom Unabhängigkeitsaufstand, weil er das brachte, wofür die Leute auf die Straßen gingen, nämlich wirkliche Souveränität von Syrien und das Ende der Truppenpräsenz, die seit Beginn des Bürgerkrieges im Libanon 1976 bestanden hatte. Aus Kairo und Tunis gab es bewundernde Blicke. 2005 konnte sich niemand vorstellen, dass sechs Jahre später in der Region unter anderen Vorzeichen

eine Wiederholung des oder eine Anknüpfung an den Beirut Frühlung stattfinden würde.

Die Trauerfeier von Mughniyya stand für das Gegenteil. Nicht für Selbstbestimmung, sondern für iranischen Einfluss, für den Revolutionsexport der iranischen Revolution, für ein Modell, für das die Pasdaran (die iranischen Revolutionsgarden) die Hisbollah Anfang der Achtziger Jahre im Libanon gegründet hatten: Um ihren Einfluss in der Region auszuweiten, und das direkt an der Grenze zu Israel.

Dass Mughniyya 2008 am selben Tag gehuldigt wurde wie dem Ministerpräsidenten Hariri, hat eine gewisse bittere Ironie. Hariri war Sunnit, Mughniyya, Nasrallah und die anderen Hisbollah-Mitglieder Schiiten. Das spricht für den sunnitisch-schiitischen Konflikt, der zunehmend den Konflikt im Nahen Osten prägt. Denn nach dem Mord an Mughniyya übernahm sein Schwager, bis dahin Stellvertreter, Mustafa Badreddine die Führung des „externen Sicherheitsapparates“ der Hisbollah. Bittere Ironie deshalb, weil nach dem Anfangsverdacht, Syrien stehe hinter dem Attentat auf Hariri, das Libanon-Sondertribunal letztes Jahr feststellte, dass der Anschlag von Hisbollah- Mitgliedern ausgeführt wurde. Der Befehl mag trotzdem aus Damaskus gekommen sein, aber die Verwicklung der Hisbollah in das Attentat auf Hariri wurde 2011 von einer UN-Einrichtung öffentlich gemacht.

Damit wären wir auch wieder in der Gegenwart, vier Valentinstage später. Im März soll in Den Haag der Prozess gegen Badreddine und drei andere Hisbollah-Mitglieder beginnen. Damit sitzen auf der Anklagebank indirekt auch Syrien, das lange die Hisbollah politisch unterstützt hat, und der Iran, der die Hisbollah Anfang der Achtziger Jahre in der Bekaa-Ebene im Libanon überhaupt erst gegründet hat. Dieser Hariri-Mord, der so zentral war für die Entwicklung im Libanon - auch für den Druck, der auf Assad schon 2005 ausgeübt wurde -, wirkt bis heute fort. Und die „Achse des Widerstands“ - Syrien, Iran, Hisbollah - gerät im nächsten Monat durch eine UN-Einrichtung auf die Tagesordnung.

Es gab vergangenes Jahr, kurz nach Beginn der Proteste in Syrien, Hinweise, dass der Iran verwickelt sei. Es gab auch Berichte über Scharfschützen der Hisbollah auf den Dächern in Hama oder Homs. Diese Berichte sind nie direkt bestätigt worden. Nasrallah hat aber nie einen Zweifel daran gelassen, dass er fest und eng an der Seite Assads steht. Noch vergangene Woche hat er eine Rede gehalten, in der er noch einmal Assad und dem syrischen Regime seinen Rückhalt versichert hat. Zudem behauptete er, dass Assad Reformen durchsetze, Verfassungsänderungen anstünden, ein Referendum bald abgehalten, der Alleinvertretungsanspruch der Baath-Partei in der Verfassung aufgehoben, Wahlen abgehalten und die Amtszeitbegrenzung eingeführt werden würden. So dass Assad nicht wie sein Vater auf Lebenszeit regieren könnte. Nasrallah hat all das abgelehnt, was die Opposition fordert, und gesagt, man sollte Assad nur mehr Zeit geben. Es würde sich zeigen, dass das syrische Regime den richtigen Weg ginge. Eine mögliche Strategie des Irans könnte sein, den Konflikt zu konfessionalisieren. Nasrallah ist in seiner Rede vorherige Woche auch darauf eingegangen und sagte: Die Vorwürfe, die Hisbollah greife in Syrien ein, um einen konfessionellen Konflikt zu schüren, träfen nicht zu. Wenn man sich die Entwicklung des Aufstands in Syrien und die Konfliktlinien anschaut, ist aber genau das in den vergangenen Monaten mehr und mehr geschehen.

Assad und sein engster Führungszirkel sind Alawiten. Das ist eine Ende des 9. Jahrhunderts entstandene muslimische Konfession. Mehr als 80 Prozent der syrischen Bevölkerung sind aber Sunniten. Das heißt, es ist im Grunde ein Minderheitenregime, das über eine sunnitische Mehrheit regiert. Auf Plakaten konnte schon im Sommer des vergangenen Jahres sehen, dass es das Regime war, das mit der Angst eines konfessionellen Bürgerkrieges gespielt hat. Das hat jetzt zugenommen, einfach weil immer mehr Sunniten sterben. Alawiten ziehen aus Angst vor Übergriffen zum Beispiel aus Damaskus in ihre Gebiete an die Küste weg, wo ihre Familien herkommen. Die konfessionelle Spaltung hat also schon begonnen. Und sie wurde von Assad geschürt, immer mit der Drohung: Wenn ihr euch nicht hinter mir versammelt, geht es hier zu wie im Irak oder wie im Libanon in den Siebziger und Achtziger Jahren.

Diese Drohung mit dem Bürgerkrieg beziehungsweise vor Chaos hat in Syrien immer gewirkt. Gewirkt insofern, dass es keine Massenproteste gegen Assad gab. Genannt wird immer wieder das Massaker von Hama von 1982, als mindestens zehntausende Leute umgebracht wurden. Hama war die Hochburg der Muslimbrüder in Syrien. Dieses Massaker beendete einen Aufstand, der bereits 1976 angefangen hatte. Die Angst davor, Opfer eines solchen Massakers zu werden, hat von 1982 bis zum vergangenen Jahr bewirkt, dass es nie zu größeren Massenbewegungen kam.

Erfolg hat die syrische Führung ein Jahr nach Beginn des Aufstandes damit jedoch nicht. Die Proteste gehen weiter, trotz steigender Todeszahlen. Wo es aber schon wirkt, ist im Libanon. Zwar sind die syrischen Truppen aus dem Libanon bereits 2005 abgezogen worden, aber Assad und das syrische Regime haben ihren Einfluss auf den Libanon wieder herstellen können. Der Sohn Rafiq Hariris, Saad Hariri, wurde Anfang 2011 gestürzt. Seitdem ist eine Regierung von Gnaden der Hisbollah im Amt, die fest an der Seite Assads steht. Auch der wichtigste christliche Politiker des Landes, Michel Aoun, steht zu Assad. Hariris Nachfolger als Ministerpräsident, Mikati, unterstützt Assad. Und selbst die antisyrische Opposition, also die Überbleibsel der Zedernrevolution beziehungsweise des „Beiruter Frühlings“, äußern sich nicht Syrien-kritisch zu Wort.

Gestern am Jahrestag der Ermordung seines Vaters hat Saad Hariri eine Rede gehalten, in der er davor gewarnt hat, sich in die syrischen Angelegenheiten einzumischen. Er hat zwar dem syrischen Volk seine Solidarität versichert. Es besteht jedoch eine große Sorge im Libanon, dass dieser Konflikt aus Syrien ins Land überschwappen würde. Vereinzelt ist das zwar bereits passiert: In Tripoli nahe der syrischen Grenze gab es letzten Sommer schon Demonstrationen die gewaltsam endeten, vorige Woche gab es Schießereien mit Toten. Aber dazu muss dazu gesagt werden: Wenn der Libanon der Nahostkonflikt im Kleinen ist, wie oft gesagt wird, dann ist Tripoli vielleicht der Libanon im Kleinen, wo bestimmte Konflikte immer blutiger ausgetragen werden als in Beirut oder im Süden des Landes. Auch Anschläge auf UN-Soldaten hat es im letzten Jahr gegeben. Die Gefahr des Überschwappens des Konfliktes ist also da, aber bislang ist der Libanon relativ verschont geblieben. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Syrien, sondern auch auf die Aufstände in der gesamten Region. Sonst war stets Libanon der Konfliktherd. Seit dem Sturz Ben Alis und dann Mubaraks blieb der Libanon so ruhig wie seit Jahren nicht mehr.

Zum Schluss ein Punkt aus der Rede Nasrallahs, mit dem er indirekt auf die tendenzielle Entscheidung der Hamas reagierte, sich stärker an den Golfmonarchien und nicht mehr so sehr am Iran zu orientieren. Er sagte, dass die Allianz zwischen der Hisbollah und der

religiösen Führung in Teheran ungeachtet aller Entwicklungen fortbestehe. Das Prinzip des Velayat-e Faqih, also der Herrschaft der Rechtsgelehrten, die die iranische religiöse Führung ausgerufen hat, bleibe bestehen und Nasrallah fühle sich weiter als Soldat der religiösen Führung in Teheran. Was bedeutet das nun für Syrien? Es gibt seit vergangener Sommer die Hoffnung in Ramadan, dass die Tage Assads gezählt sind und es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis er geht. In den 11 Jahren seiner Amtszeit hat Assad eines jedoch erfolgreich geschafft: Sich gegen äußere Bedrohungen erfolgreich zu wenden und im Amt zu bleiben.

2003 geriet Syrien nach dem Einmarsch der Amerikaner und ihrer Alliierten im Irak sehr schnell unter Druck, weil Islamisten aus Syrien in den Irak eingesickert sind und dort Krieg gegen die Besatzungsarmeen geführt haben. Assad hat sich diesem Druck nicht gebeugt, was seine Annäherung an den Westen allerdings gestoppt hat. Das schien ihm jedoch egal zu sein. 2004 wuchs der Druck weiter, denn Frankreich und die USA, die über den Einsatz im Irak gestritten hatten, rückten wieder näher zusammen. Ihr Ziel war, den syrischen Einfluss im Libanon zu beenden. Auch das hat Assad aber von seinem Einfluss auf den Libanon nicht abhalten können.

2005 schließlich geriet Assad mit dem Mord an Hariri so unter Druck wie nie zuvor und auch danach bis zu den momentanen Aufständen nicht mehr. Seine internationale Isolation nahm zu. Trotzdem hat er sich nicht gebeugt und ist im Amt geblieben. Vielleicht gelingt es ja Assad doch noch, länger im Amt zu bleiben und sich eines Tages wieder aus der internationalen Isolation zu lösen.

**Jonathan Weckerle:** *Herzlichen Dank an Markus Bickel für das Eingangsstatement. Worin bestehen die Unterschiede zwischen den Schiiten und Sunniten? Warum war der arabische Frühling ein „ideologisches Stalingrad“ für den Iran? Warum können die schiitischen und sunnitischen Islamisten eigentlich nicht ganz gut kooperieren, wo doch gesellschaftliche und außenpolitische Vorstellungen recht ähnlich sind? Warum setzt sich der Iran für das bestehende militärische Regime in Syrien ein statt für ein islamistisches Regime, mit dem es mehr Gemeinsamkeiten gäbe? Worin bestehen die Unterschiede und Konflikte zwischen diesen verschiedenen Strömungen?*

## **Sunniten versus Schiiten?**

**Markus Bickel:** In den 18 Tagen der ägyptischen Revolution gab es sehr positive Reaktionen aus Teheran, aus der Hoffnung heraus, dass es ein islamischer Aufstand werden würde. Es gab die Theorie, dass die ägyptische Revolution nur die Fortsetzung der iranischen Revolution sei und dass deshalb der Islam konfessionsübergreifend an die Macht strebe. In Syrien ist es weniger eine konfessionelle Frage, warum der Iran an der Seite Assads steht, sondern eine geostrategische. Einerseits deshalb, weil die Waffen an die Hisbollah durch Syrien geliefert werden. Andererseits, weil mit Syrien ein wichtiger arabischer Verbündeter im Zentrum des Nahostkonflikts an den Grenzen zu Israel dem Iran zur Seite steht.

**Jörn Schulz:** In der Rolle der Geistlichkeit gibt es einen politisch bedeutsamen Unterschied. Die schiitische Geistlichkeit im Iran ist ökonomisch unabhängig, während sunnitische Geistliche fast immer weisungsgebundene Staatsangestellte sind. Deshalb

hat der schiitische Islamismus im Iran ein Staatsmodell entwickelt, die Velayat-e Faqih, die Herrschaft der Rechtsgelehrten. Unter den Sunniten gibt es kein Pendant. Was im Moment aber das Entscheidende ist, sind unterschiedliche Interessen. Die Iraner hatten immer die Vorstellung, dass die Sunniten sich ihnen anschließen - nicht unbedingt direkt unterordnen, aber dass sie eine Art Führungsmacht auch für sunnitische Islamisten werden könnten. Sie hatten nie Bedenken, auch Sunniten zu unterstützen, etwa in Afghanistan. Die Hamas hat iranische Hilfe bekommen, das ist eine sunnitische Organisation.

Im Rahmen der arabischen Revolten haben wir es mit großen islamistischen Organisationen - Muslimbruderschaft in Ägypten, En Nahda in Tunesien - zu tun, die sehr daran interessiert sind, sich eher als religiös Konservative darzustellen, um bei den Wählern populär zu sein. Weil sie nur so eine entsprechend große Stimmzahl erhalten. Sie müssen dafür sorgen (auch wenn in Ägypten tatsächlich noch das Militär regiert), dass die Leute Arbeitsplätze bekommen, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt und so weiter. Sie haben überhaupt kein Interesse daran, eine Konfrontation mit Israel in den Vordergrund zu stellen oder sich in einen Krieg an der Seite des Iran einzulassen. Es ist eine Interessendifferenz da, die dazu geführt hat, dass sich solche Organisationen jetzt in aller Schärfe vom Iran distanzieren haben.

## **Flächenbrand durch Krieg mit Iran?**

***Jonathan Weckerle:** Was würde passieren, wenn es eine militärische Konfrontation mit Iran gibt - sei es von Iran oder von Israel/ USA ausgehend? Würde es einen Flächenbrand in der Region geben? Würden die sunnitischen Staaten im Falle eines Krieges eher Schadenfreude empfinden und nicht an der Seite des Irans eingreifen? Und würde die Hisbollah eine zweite Front gegen Israel eröffnen?*

**Jörn Schulz:** Dies ist immer schwer einzuschätzen. Zumindest auf Seiten der Regierungen wird es keine Solidarisierung mit dem Iran geben. Die Golfmonarchien freuen sich schon länger auf den Moment, wenn es endlich losgeht. Die iranische Regionalmacht wird auch in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als Bedrohung wahrgenommen. Wenn es zu einer Konfrontation kommt, ist es klar, wen es trifft. Wenn es tatsächlich dem Iran gelingen sollte, Atombomben zu bauen, gibt es die dubiose Äußerung, dass alle, die mit Israel zusammen arbeiten, im Feuer der islamischen Nation verbrennen würden. Für ein Land, das Atombomben baut, ist das eine sehr konkrete Drohung gegen Nachbarstaaten. Wie ernst das zu nehmen ist, sei dahingestellt. Aber das Interesse, die iranische Macht zu begrenzen und das Regime zu schwächen, ist definitiv da.

Etwas schwerer zu kalkulieren ist die Reaktion der "arabischen Straße". Aber auch da kann nach bisherigen Erfahrungen davon ausgegangen werden, dass es nicht zu einem Flächenbrand kommen wird. Sicherlich wird es Kritik an diesem Krieg geben. Die tatsächlichen Gefahren liegen auf einer anderen Ebene, weil man nicht so genau wissen kann, welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat solch ein Krieg, wie stark ist das iranische Militär tatsächlich? Da gibt es eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren, die man nicht so ohne weiteres berechnen kann.

**Markus Bickel:** Das gilt auch für Nasrallah und die Hisbollah, dass sie Nordisrael nicht aus reiner Kriegslust mit Katjuschas eindecken werden, sobald ein größerer Konflikt beginnt. Man darf nicht vergessen, dass 2009 der Krieg mit Israel auch für die Hisbollah verlustreich war. Die Propaganda der Hisbollah hat zwar den „Sieg Gottes“ verkündet - ein Namensspiel mit Nasrallahs Namen. Aber dieser Sieg Gottes war für die schiitische Basis sehr verlustreich. Viele Leute haben ihre Häuser verloren, ihre Jobs und so weiter. Die Außensicht auf die Hisbollah als reine Miliz, als bloße Terrororganisation, übersieht, dass sie ähnlich wie die Hamas eine Volkspartei oder eine Volksbewegung ist, die auf eine Basis achten muss. Diese ist nicht unbedingt dazu bereit, einen weiteren Krieg in Kauf zu nehmen und damit auch Flüchtlinge, Hilfslieferungen und so weiter.

Ein weiterer wichtiger Punkt: So sehr der Iran und die Hisbollah zusammenhängen, die Hisbollah ist auch ein eigenständiger libanesischer Akteur. Nasrallah hat in der vorhin zitierten Rede gesagt: ‚Von außen wird gesagt, sobald der Krieg Israel-Iran beginnt, schicken wir auch unsere Leute in den Kampf. Aber das ist nicht gesagt. Darüber entscheidet nicht Teheran, darüber entscheiden wir.‘ Nasrallah hat eine Rede angekündigt, in der er genau diese Frage beantworten will. Aber man muss auch sehen, dass 2006 selbst während des Gaza-Krieges - als die Hisbollah als Verbündeter der Hamas hätte sagen können „lass uns Israel im Norden in Bedrängnis bringen“ - nur zwei, drei Raketen nach Israel flogen. Und die waren wohl nicht einmal von der Hisbollah, sondern von Palästinensergruppen. Insofern kalkuliert die Hisbollah schon sehr genau, bevor sie sich in ein neues militärisches Abenteuer stürzt.

## **Eine demokratische Revolution im Iran?**

***Jonathan Weckerle:** Die Alternative zum Krieg ist ein Sturz des Regimes durch eine demokratische Revolution im Iran. Das ist ein wenig diskutiertes Thema. Was kann man tun, um diesen besten Ausgang zu befördern?*

**Jörn Schulz:** Ob es eine Revolution gibt, hängt von den Iranern ab. Das ist wiederum von außen schwer einzuschätzen, auch deshalb, weil es die Iraner selbst noch nicht genau wissen. Man kann sich sicher sein, dass Millionen von Iranern im Moment darüber diskutieren, was sie am 2. März und um diesen Tag herum tun werden. Es gab auch schon jetzt einige Demonstrationen. Es gab und gibt ein sehr hohes Niveau des Alltagswiderstands. Wenn die Revolutionswächter Banalitäten wie den schlechten Sitz eines Schleiers anprangern, gibt es häufiger kleine Ansammlungen Protestierender, die die Angegriffenen schützen, manchmal mit Erfolg. Das Problem war - deshalb ist es seit 2009 relativ ruhig geblieben -, dass es im ersten Anlauf nicht ging. Trotzdem sehr viel auf der Straße protestiert wurde, hat es nicht gereicht.

Es gibt unter iranischen Oppositionellen eine sehr weit verbreitete Vorstellung von einer Art Stufentheorie. Sie geht von Leuten aus, die selbst ausgewiesene Säkularisten und Demokraten sind, und die sagen: Religion und Politik wollen wir völlig trennen. Dazu kommt es aber nur peu á peu, indem wir zunächst dafür sorgen, dass Ahmadinedschad und Khamenei abgesetzt werden. Dann schaffen wir die Velayat-e Faqih ab. Und dann sehen wir weiter mit der Demokratisierung. Ein solches Modell hat den großen Vorteil, dass es das unblutigste wäre. Es kann im extremsten Fall aber auch wesentlich schlimmer werden als in Syrien. Denn wir haben es auf der Seite des Regimes

mit hunderttausenden bewaffneten und ideologisch fanatisierten Leuten zu tun, die nicht so einfach aufgeben werden. Und das schreckt natürlich auch ab.

Von außen ist es schwierig, im größeren Maßstab einzugreifen. Eine etwas klarere Positionierung wäre aber schon hilfreich: Demokratisierung ist jetzt fällig. Dies ist im Rahmen der arabischen Revolte bisher eigentlich erst dann geschehen, wenn der jeweilige arabische Staatschef bereits im Flugzeug saß. Darauf, dass Mubarak weg muss, ist der Westen erst am 8./9. Februar gekommen. Und gegen das jetzige Militärregime in Ägypten passiert auch relativ wenig. Eine klare politische Ansage wäre richtig.

Auch in punkto Sanktionen gegen Iran könne noch viel unternommen werden, der Verzicht ist letztendlich auch eine Unterstützung. Verhandlungen mit der iranischen Opposition sind natürlich schwierig, weil es kein repräsentatives Gremium gibt, mit dem man einen Stufenplan aushandeln könnte. Also selbst wenn man einen solchen wollte, wäre es schwierig, ihn zu entwickeln. Was als Option bleibt, ist beispielsweise von gewerkschaftlicher Seite die Unterstützung für die Untergrundgewerkschaften, die es im Iran gibt. Die eigentliche Revolution können allerdings nur die Iraner selbst gestalten.

## Die syrische Opposition

*Jonathan Weckerle: Im Falle Syriens scheint es doch konkreter zu sein. Es tobt bereits ein Krieg. Es gibt so etwas wie eine Free-Syria-Army, die kämpft, und einen alternativen Widerstandsrat. Was wollen sie politisch? Sind das Leute, mit denen man sich gemein machen sollte? Oder unterstützt man da nicht leichtfertig Leute, die bei genauerer Betrachtung Islamisten sind, ähnlich wie im Fall Libyen. Wie ist ihr Organisationsgrad einzuschätzen, und wie könnten sie sinnvoll unterstützt werden? Mit einer Flugverbotszone, mit Bewaffnung dieser Free-Syria-Army?*

**Markus Bickel:** Man muss unterscheiden zwischen der Opposition vor Ort und der Auslandsopposition, die sich letzten Sommer als syrischer Nationalrat zusammengeschlossen hat und damit dem libyschen Modell folgte. Die libyschen Rebellen haben sich sehr schnell zum libyschen Übergangsrat zusammengesetzt, mit dem Ziel, Anerkennung als legitime Vertretung Libyens zu erlangen. Das ist ihnen aufgrund eines gut gewählten Zeitpunkts schnell gelungen. Libyen hat aber auch eine gute geographische Lage: nicht an der Grenze zu Israel, Libanon und Irak, sondern zwischen Mittelmeer und Wüste. Das macht es leichter, dort militärisch einzugreifen, als es der NATO nun im Falle Syriens fällt. In der syrischen Exilopposition sind mit Sicherheit Leute vertreten, die westlichen demokratischen Maßstäben genügen. Die Frage ist, wie repräsentativ sie sind.

Die Muslimbrüder sind darin auch vertreten, es gibt also Islamisten in der Oppositionsbewegung. Syrien ist ein sunnitisches Land, und wie man in Tunesien, Ägypten und Marokko sieht, sind sie eine wichtige politische Strömung. Einer meiner Interviewpartner hat gesagt: Über deren Meinung kann man streiten. Wenn sie an die Macht gewählt werden, sollen sie die Chance haben, sich in Sachen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum zu bewähren. Das Wichtige ist, dass sie aber auch wieder abgewählt werden können. Wenn die arabischen Aufstände demokratische Islamisten hervorbringen, wäre das eine interessante Entwicklung.

Dass Al-Qaida dabei ist, ist wahrscheinlich aber auch der Fall. So wie in Libyen, wo der Westen sich nicht gescheut hat, den Krieg gegen Gaddafi mit Hilfe von al-Qaida-Absplitterungen zu führen. Davor schreckt man in Syrien zurück. Dass ist auch ein Grund für das Nichteingreifen des Westens beziehungsweise der westlichen Mächte, die sich hinter der russischen und chinesischen Position im Sicherheitsrat verstecken, damit nicht selbst sagen müssen, was sie tun würden. Der zuletzt gescheiterte Resolutionsentwurf beinhaltete keine Sanktionsforderungen mehr, die Assad auf irgendeine Weise geschadet hätten, wie beispielsweise Flugverbotszonen. Sondern er war ein rein emphatischer Resolutionsentwurf.

Erschreckend ist, dass die zivilen Bürgerkomitees in Homs, Hama und in dutzenden, ja hunderten syrischen Städten und Gemeinden, die den Aufstand tragen, unterzugehen drohen, je stärker der Konflikt militarisiert wird. Sie kümmern sich um Krankenversorgung, verfolgen zivile Ziele und wollten anfangs nicht einmal den Sturz Assads, sondern eine freiere Gesellschaft.

Diese Entwicklung sieht man in jedem Bürgerkriegsland. Irgendwann haben die 16- bis 24jährigen Männer mit Kalaschnikows das Sagen. Leute, die Ideale vertreten, werden an den Rand gedrängt. Das ist auch die Sorge des Übergangsrates, der sich für eine Safe-Zone, also für ein humanitäres Rückzugsgebiet an der Grenze zur Türkei oder in der Türkei einsetzt, der aber nicht offen eine Militärintervention wie in Libyen fordert, aus Angst, dass der Bürgerkrieg dann weiter eskaliert.

Was der Westen tun kann, weiß ich nicht. Es gibt eine Initiative, die heißt "Adopt a Revolution", die zivilen Komitees in den Städten mit Handys, Hilfsgütern, Verbandsmaterial und anderen Dingen unterstützt. Dafür spenden, ist wahrscheinlich nicht das Falsche.

## **Atomar bewaffneter Iran?**

*Jonathan Weckerle: Herzlichen Dank! Jetzt bitte ich um Fragen, Kritik und Anmerkungen aus dem Publikum.*

**Publikum 1: (Klaus Wittmann):** Vertrackt ist, dass man erst bei den letzten 5 Prozent eines nuklearen Programms feststellen kann, ob es militärischen Zwecken und militärischer Bewaffnung dient, und dann könnte es schon zu spät sein, etwas zu tun. Ein nuklear gerüsteter Iran würde nicht auf einen Atomkrieg aus sein, aber er würde unter dem nuklearen Schirm konventionelle und asymmetrische Konflikte befördern. Und da kann man sich vieles vorstellen: gegen Israel, Libanon, Straße von Hormus, Konfrontation zur See und so weiter.

Nicht nur Israel, sondern auch viele von unseren Regierungen haben deutlich gesagt: Einen nuklear gerüsteten Iran nehmen wir nicht hin. Israel ist wohl entschlossener als alle anderen, und es ist völlig richtig, das Zeitfenster mag sich schließen. Einerseits, weil Iran die Anlagen unter die Erde bringt. Aber vielleicht auch wegen Amerika, denn auf die amerikanische Unterstützung wäre Israel angewiesen, und sei es nur wegen Munition oder wegen Luftbetankung. Und man hört, ein wiedergewählter Präsident Obama wäre der Israel-freundlichen Lobby in Amerika nicht so zugänglich in der Zukunft. Auch deshalb mag sich das Zeitfenster schließen.

Wir sehen zurzeit den Aufbau einer Drohkulisse, auch zur Unterstützung des Sanktionsregimes. Und da finde ich, sind manche deutschen Politiker nicht sehr gut beraten, wenn sie den Eindruck erwecken, als wollten sie mit aller Kraft das israelische Eingreifen verhindern anstatt eines nuklear gerüsteten Iran. 1981 hat Israel den Reaktor in Irak, vor ein paar Jahren den Reaktor in Syrien bombardiert. Da gab es viel völkerrechtliches Gezeter, aber insgeheim waren alle froh, dass Israel rechtzeitig gehandelt hat. Ich wünsche mir auch keinen Krieg, aber man sollte durch das Gerede vom Flächenbrand nicht die militärische Drohung entwerten oder schwächen. Dadurch macht man den Krieg vielleicht sogar wahrscheinlicher.

## **Wie stehen die Türkei und die Palästinenser zum syrischen Aufstand?**

**Publikum 2: (Thomas Hemberger):** Meine Frage bezieht sich auf zwei Konfliktparteien, die meiner Meinung nach bisher unter den Tisch gefallen sind. Das wäre zum einen die Republik Türkei, wo ich den Eindruck habe, dass sie zwar viel rhetorisch gegen Israel vorgeht, aber in in der letzten Zeit immer stärker mit dem Mullah-Regime im Iran zu kollidieren droht. Zum anderen wäre es die Rolle der Palästinenser. Es gibt hunderttausende Palästinenser in Syrien. Im letzten Jahr geschah diese Golan-Grenzerstürmung. Im Anschluss kam es bei der Beerdigung der toten Palästinenser in Yarmouk bei Damaskus im großen Palästinensercamp zu einem Massenaufstand gegen die palästinensischen Pro-Assad-Terrororganisationen. Die Büros von PFLP und anderen wurden niedergebrannt. Praktisch die gesamte Bevölkerung hat diese Organisationen seitdem aus Yarmouk vertrieben. Immer wieder gibt es in Yarmouk Solidarisierungsaufstände, Krawalle und anderes gegen Assad. Das ist eine ganz erstaunliche Entwicklung, wie ich finde, die hier in den Medien aber leider nicht vorkommt. Man bekommt sie nur mit, wenn man libanesischen Medien verfolgt. Über diese beiden Gruppierungen hätte ich gern noch etwas erfahren.

**Markus Bickel:** Der Hinweis auf das Lager Yarmouk ist sehr gut, weil genau dort eine innerpalästinensische Revolte gegen die Politik der Führung stattfand, sich zum Spielball der pro-syrischen Palästinenserorganisationen und damit auch Assads zu machen. Bei diesen zwei Märschen im Mai und im Juni auf die Golanhöhen anlässlich des Jahrestags 1948 mit Toten an der Grenze zu Israel, waren Palästinenser dabei, die zum Teil aus Libanon von der Hisbollah oder den Hisbollah-verbündeten Palästinenserorganisationen geschickt wurden. Sie sind aus Syrien mehr oder weniger auf Druck Assads dort hin gelaufen und wurden als Kanonenfutter verheizt. Dass sie sich danach dagegen gewendet haben, zeigt, dass der syrische Aufstand auch auf palästinensischer Seite angekommen ist.

Ein wenig haben wir über die Entwicklung der Hamas gesprochen, über die Entscheidung von Chaled Meschal, Damaskus bald zu verlassen. Das ist ein wichtiger Schritt und zeigt noch einmal auf, dass Hamas und Hisbollah, wenn wir über die ‚Achse des Widerstands‘ sprechen, nicht einfach in einen Topf geworfen werden können. Die Hisbollah ist ein Produkt Irans, während die Hamas eine originär palästinensische Bewegung ist. Und auch die Konflikte innerhalb der Hamas, welchen Weg man nun geht, sind noch längst nicht entschieden. Es tut sich auf palästinensischer Seite etwas.

**Jörn Schulz:** Auch wenn ein arabischer Frühling unter den Palästinensern nicht absehbar ist, kann schon gesagt werden, dass eine Organisation wie die Hamas Angst hat, dass auch in Gaza ein Aufstand losbricht. Es geht nicht nur um das Geld der Golfmonarchien, und es ist auch nicht so, dass sie plötzlich entdeckt haben, Antisemitismus ist doch nicht so gut.

Was die Türkei betrifft, ist die Sache komplizierter und man kann sie schwer einschätzen. Einfach deshalb, weil eigentlich alle Regierungen im Umgang mit dem Arabischen Frühling improvisieren. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die das türkische Modell bei den Arabern einführen wollen, also eine spezifisch islamische Demokratie befürworten. Es kann aber schon dazu kommen, dass ähnliche Verhältnisse entstehen wie in der Türkei. Zwischen Islamismus und islamischen Konservatismus angesiedelte Organisationen meinen es schon ernst mit der Islamisierung. Ein Ausdruck davon ist dann auch eine harte Reaktion gegenüber Israel, zumindest auf diplomatischer Ebene. Aber die Türkei ist weit entfernt von iranischen Verhältnissen. Selbst wenn Erdogan so könnte, wie er wollte, würde er nicht einen Gottesstaat einführen. Im Verhältnis zum syrischen Aufstand verhalten sich die Türken ziemlich anständig, was keineswegs selbstverständlich ist, wenn man ihre Politik gegenüber den Kurden sieht. Zum einen ist ein Bürgerkrieg im Nachbarland immer eine Gefahr. Sie wollen gerne, dass dort Ruhe ist. Zweitens ist mittlerweile klar, dass die syrischen Aufständischen nicht mehr einfach nach Hause gehen und sagen: Das war es jetzt!

Es war die Arabische Liga, die gesagt hat, eine Blauhelm-Mission muss nach Syrien geschickt werden - also nicht die üblichen Verdächtigen, die ‚Kriegstreiber in Washington‘. Die Türkei ist da etwas vorsichtiger, formuliert aber ihre Idee des „Save Haven“, die auch zu einer militärischen Konfrontation führen kann. Das heißt: Die konservativ islamischen Kräfte sind somit diejenigen, die sagen, die internationale Gemeinschaft muss in Syrien mehr tun. Die Türkei ist dabei als ein relativ demokratischer Staat noch einmal etwas anderes als die Golfmonarchien. Bei den Golfmonarchien besteht die Gefahr, dass sie auf ihre Weise konfessionalisieren und auch Islamisten unterstützen, beispielsweise die Salafisten, deren Demokratieverständnis weit weniger demokratisch ist als das eines Erdogan.

Es ist schwierig, eine Einschätzung der türkischen Politik zu treffen, weil sie sich selbst nicht im Klaren sind, was sie wollen. Natürlich hat die Türkei das Interesse, als Regionalmacht eine führende islamische Macht zu sein, zumindest für die turksprachigen Nationen, die es in Zentralasien gibt. Aber am liebsten natürlich auch für alle anderen. Aber auch sie haben gemerkt, dass die einzelnen Staaten ihnen natürlich nicht ohne weiteres folgen. Möglicherweise hat Erdogan die Vorstellung, die Türkei könnte auch politisch und ökonomisch gewinnen, wenn sie sich im richtigen Moment auf die richtige Seite stellt - ähnlich wie Sarkozy, der als Wiedergutmachung für die Unterstützung der Diktaturen eine führende Rolle bei der Libyenintervention spielte.

**Markus Bickel:** Nur noch ein Satz zur Rolle der Türkei. Die Türkei betrieb ganz anderes, als sich als islamische Macht aufzuspielen. Ende 2008 standen direkte Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien kurz bevor. Die türkische Vermittlung ist nur deshalb gescheitert, weil der Gaza-Krieg begann. Das ist auch eine Rolle, die Erdogan noch vor drei Jahren spielen wollte. Er hat sich dann deshalb mit Olmert zerstritten. Dann kam die Gaza-Flottille, der israelisch-türkische Konflikt weitete sich aus. Man dachte, er rückt näher an Syrien heran. Hat er auch zunächst getan. Letzten Sommer

dann dort die Kehrtwende. Wenn Jörn Schulz sagt, „sie improvisieren alle“, dann ist das richtig. Aber wer weiß, was in Syrien passiert. Vielleicht kann dort die Mittlerrolle doch wieder ein türkischer Part werden.

## **Wie groß ist der Rückhalt des iranischen und des syrischen Regimes?**

**Publikum 3:** Wie geht man adäquat mit dem iranischen und syrischen Regime um? Und gibt es Zahlenschätzungen bezüglich der Anhänger der Hisbollah und der Hamas und auch bezüglich der Profiteure der Regimes im Iran und in Syrien?

**Jörn Schulz:** Es ist sehr schwer, mit Prozentzahlen zu operieren. Ich würde deshalb bitten, das eher als Einschätzung zu nehmen, denn als konkrete Zahl. Es gibt zumindest auch in der unteren Bevölkerung Profiteure. Die Bassididschi sind zum größten Teil arme Schlucker. Das Klientensystem funktioniert so: Der General der Revolutionswächter bekommt die ganze Fabrik und der einfache Bassididschi-Milizionär erhält einige Vorzugsaktien. Da wird schon umverteilt, und Ahmadinedschad ist darin ein Meister gewesen, was allerdings auch zu inneren Konflikten führt. Die Leute, die hinter dem Regime stehen, sind vielleicht 20 Prozent. Was definitiv gesagt werden kann: Wenn alle Iraner oder auch nur eine halbwegs akzeptable Mehrheit für das Regime wären, müssten es nicht die Wahlen manipulieren.

**Tatsache ist,** dass selbst Anhänger ihrer Ideologie - also Leute wie Mussawi und Karroubi, die in den Achtziger Jahren hohe Funktionsträger des Regimes waren - inzwischen Hausarrest haben, fast im Gefängnis sitzen und von den Wahlen ausgeschlossen werden. Das zeigt schon, dass es immer enger wird. Man hat in all diesen Ländern eine sehr große Zahl von Menschen, die passiv bleiben. Die sicherlich einen Widerwillen haben und sich freuen, wenn alles besser liefe, die jedoch von sich aus nicht auf die Idee kommen würden, wirklich in die Opposition zu gehen und sich dem Gewehrfeuer und so weiter auszusetzen.

Beim iranischen Regime ist jedoch schon zu bedenken, dass es immer noch eine Massenbasis hat. Die 20 Prozent sind eine grobe Schätzung. Das sind zum Teil Leute, die ideologisch fanatisiert sind. Dazu gehören ganz verschiedene Gruppen. Psychologisch kann man das noch etwas nachvollziehen. Es gab eine Reihe von Müttern, die ihre Kinder ermutigt haben, in den Krieg gegen den Irak zu ziehen. In diesem wurden Jugendliche als Kanonenfutter über die Minenfelder vorgeschickt und haben den Weg für die reguläre Armee frei gemacht. Wer sein Kind in den Tod geschickt hat, hat eigentlich nur die Wahl zu sagen: Ich habe in meinem Leben alles falsch gemacht! Oder man hält ideologisch zum Regime. Es gibt eine Basis von älteren Frauen, das kann man auch manchmal bei Demonstrationen sehen, die in dieser Zeit ihre Kinder dem Regime geopfert haben und nicht wollen, dass dieses Opfer umsonst ist.

Es gibt aber auch Profiteure, und man darf auch nicht vergessen, dass diese Propaganda, die in den Schulen, in den Moscheen und so weiter betrieben wird, ihre Wirkung hat. Und das macht die Revolution im Iran zu einer - potentiell zumindest - sehr blutigen Angelegenheit. Man hat es an der Basis des Regimes mit Leuten zu tun, die nicht nur für Geld kämpfen, sondern dies auch aus Überzeugung tun, die auch bereit sind, ihr eigenes Leben zu opfern und die nicht so ohne weiteres bereit sein werden, aufzugeben.

**Markus Bickel:** Auch in Syrien ist unklar, wie viel Unterstützung Assad eigentlich noch hat. Er hat weiter Unterstützung, vor allem von der alawitischen und der christlichen Bevölkerung. Viele Angehörige der Minderheiten haben Sorge, dass dieser Schutz, den Assad und auch Assads Vater den Minderheiten gewährten, verloren geht, sollte ein sunnitisch dominiertes Regime an die Macht kommen. Was für die Fortdauer dieses Aufstandes auch wichtig ist, und für den Erfolg Assads, sich zu halten, ist, dass Assads engster Führungszirkel noch sehr eng zusammen hält. Es gibt zwar glaubwürdige Berichte über Deserteure der Armee, wobei viele einfach zu Hause bleiben und einige tatsächlich zur freien syrischen Armee überlaufen. Der türkische Außenminister hat letzte Woche die Zahl 40.000 genannt. Ich weiß allerdings nicht, woher er die hat. Das scheint mir eine sehr große Zahl an Soldaten zu sein, die übergelaufen sind.

Aber der Zusammenhalt des Führungszirkels spricht dafür, dass der Aufstand noch eine ganze Weile andauern könnte, und dass Assad auf jeden Fall noch Truppen hat, die hinter ihm stehen oder die schweigend zuschauen und sich nicht auf die Seite der Revolution stellen, sondern abwarten, wie es ausgeht. Solche Aktionen wie die der Händlerklasse in Damaskus und in Aleppo gab es bislang ebenfalls nicht. Sie hatte während der Zeit zwischen 1976 und 1982, als das Assadregime einen Bürgerkrieg gegen die Muslimbrüder führte, sich teilweise den Muslimbrüdern angeschlossen und einen Generalstreik im Souk gemacht.

## **Was will Iran mit einer Atombombe?**

**Publikum 4:** Ich fand den Vortrag ziemlich einseitig, auf keinen Fall nüchtern. Herr Schulz, warum gehen Sie so gewiss davon aus, dass Iran tatsächlich die Atombombe möchte? Warum nicht doch friedliche Zwecke nutzt? Denn sie haben ja auch den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben, im Gegensatz zu Israel, das diesen Vertrag gar nicht unterschrieben hat und schon längst Atombomben besitzt. Die Frage ist: Wenn Iran überhaupt so etwas anstreben und bauen würde, gegen welches Land würden sie die Waffen überhaupt einsetzen? Gegen Israel auf keinen Fall. Das würde die Palästinenser und die Libanesen darum herum mit vernichten. Außerdem leben in Israel auch 20 Prozent Muslime, vor allem Palästinenser, Araber und so weiter.

Die andere Frage an Herrn Bickel: Sie hatten gesagt, dass dieser Prozess gegen die Hisbollah wegen des Anschlags auf Hariri noch gar nicht begonnen hat. Aber trotzdem sind Sie davon ausgegangen, dass in Den Haag die Hisbollah und der Iran bereits verurteilt wurden oder werden. Wie passt das zusammen?

**Publikum 5:** Nach den katastrophalen Irak-Sanktionen gab es einen internationalen Aufstand und es wurde gesagt, es darf nie wieder solch flächendeckende Sanktionen geben. Wie schätzen Sie die zivilen Folgen im Iran als kritisch für weitere Sanktionen ein? Besonders nach den letzten Sanktionen gegen den Iran, zum Beispiel gegen die Zentralbank. Zweitens: Wenn die einzige Alternative für eine militärische Konfrontation ein Regime Change sein sollte, dann sehe ich das als sehr unwahrscheinlich an. Warum wird gar nicht darüber gesprochen, dass es zum Beispiel gerade wieder Verhandlungen gab, wo iranische und europäische Verhandlungspartner zufrieden herausgegangen sind? Und warum wird keine weitere Energie dafür eingesetzt, eine friedliche Lösung zu erreichen? Das wurde in keinem Satz bisher erwähnt.

**Jörn Schulz:** Es ist definitiv so, dass man jedem Staat, der den gesamten Brennstoffkreislauf in der Atomkraft im eigenen Land haben möchte, unterstellen muss, dass er zumindest die Option aufrecht erhält, eine Atombombe zu bauen. Dies deshalb, weil alles andere viel billiger wäre. Wenn man Atomkraft nur zur Energieerzeugung haben möchte - man darf nicht vergessen, dass die Iraner ihr erstes Atomkraftwerk erst vor kurzer Zeit in Betrieb genommen haben - dann kann man alles viel billiger einkaufen. Die Atomindustrie hat Überkapazitäten und wäre dankbar, wenn sie noch einige Aufträge aus dem Iran bekommen würde für Brennelemente-Herstellung, Entsorgung und so weiter. Und wenn man als iranisches Regime Angst hat, der Westen boykottiert einen, stehen auch Russland und China als Lieferanten zur Verfügung.

Was die Iraner machen, ist damit vergleichbar, wenn jemand sagt: Ich will mir ein Auto kaufen - und er sich vorher aber bereits hundert Ölquellen, eine Raffinerie und ein Tankstellennetz kauft. Mit anderen Worten, es wird soviel Material angeblich für Brennelemente hergestellt, wie die Iraner nicht mal dann brauchen würden, wenn sie ihr Atomprogramm irgendwann tatsächlich verwirklichen, und das auf dem Papier natürlich auch den Bau weiterer Kraftwerke vorsieht. Das ist schlicht und einfach nicht glaubwürdig. Die Urananreicherung nur für ein einzelnes Atomkraftwerk ist ökonomischer Irrsinn. Man kann den Iranern viel vorwerfen, aber Geschäftsleute sind sie.

Der zweite Punkt: Der Sanktionsmechanismus ist nur deshalb in Gang gekommen, weil der Iran gegen seine Verpflichtungen, die er selbst bei Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages eingegangen ist, verstoßen hat. Direkt von den Inspektoren der IAEA kam die Information, dass die Iraner definitiv an einem Sprengkopf gebaut haben, der es möglich macht, auch eine Atombombe auf einer Rakete zu platzieren. Es gibt bei der Atombombenproduktion zwei Probleme: Zum einen die Zündung. Die kritische Masse wird aufgeteilt und schießt erst im Moment der Zündung mit konventionellem Sprengstoff zusammen. Das muss in Tausendstelsekunden geschehen, und ist das technische Problem. Zum anderen muss der Iran, der zwar einige Kampfflugzeuge als Träger hat, die aber nicht durch die entsprechende Flugabwehr dringen würden, die Bombe auf einer Rakete installieren.

Zu den neueren Erkenntnissen zählt, dass die Iraner entsprechende Sprengungstests gemacht haben, für die es keine andere Notwendigkeit gibt, als dass man testen will, ob man eine Atombombe bauen kann, die klein genug ist, um mit einer der iranischen Raketen transportiert zu werden. Es ist nicht möglich, das hier alles an Dokumenten nachzuvollziehen. Wer ein Atomkraftwerk hat, braucht deswegen noch lange keinen gesamten Brennstoffkreislauf. Und wenn der Brennstoffkreislauf so überdimensioniert ist wie im Iran, ist der Fall eigentlich ziemlich klar.

Es ist eine Doppelbewertung: Wann kann man von einem militärischen Atomprogramm sprechen? Erst dann, wenn der Sprengkopf oben drauf geschraubt wird oder schon dann, wenn man aufgrund von konkretem Beweismaterial sagen kann, das Programm hat militärische Ziele? Wir haben das Problem, dass die IAEA das Ziel hat, die zivile Nutzung der Atomkraft zu fördern. Das widerspricht insofern den Zielen, die Verbreitung von Atombomben zu verhindern. Die Technologien, die man für beides braucht, sind dummerweise die gleichen. Darauf baut eben auch das iranische Regime. Einen gerichtsverwertbaren Beweis hat man wirklich erst dann, wenn ein Atomtest stattfindet oder der fertige Sprengsatz vorliegt. Vorher ist es in dem Punkt tatsächlich

schwierig und insofern eine politische Bewertung, die sich aber auf materielle Beweise stützen kann.

Was den Einsatz betrifft: Das ist natürlich unklar. Ich würde auch nicht damit rechnen, dass Iran, sobald die erste Bombe fertig ist, diese auf Tel Aviv schießt. Die Argumentation „es trifft dann auch andere“ ist nicht unbegründet. Auf der anderen Seite - das klingt jetzt etwas zynisch - soll man die Atombombe auch nicht überschätzen. So groß ist deren Wirkung nicht. Was die Iraner zusammen bauen können, dürfte ungefähr dem Hiroshima-Sprengkopf entsprechen. Das heißt, man bräuchte tatsächlich, wenn es um ganz Israel gehen sollte, für jede einzelne größere israelische Stadt eine eigene Atombombe.

Der Libanon wäre vom Fallout betroffen. Die israelischen Araber hätten in der Tat Pech gehabt. Aber da gibt es auch unter Islamisten die Vorstellung, dass Leute, die beim Djihaad „Kollateralschaden“ sind (wie es die NATO ausdrücken würde), zu Märtyrern werden. Das ist eine ideologische Rechtfertigung, und man tut aus Sicht von Hardcore-Islamisten diesen Leuten sogar einen Gefallen: Diesen Märtyrerbonus ohne eigene Anstrengung zu bekommen. Sicherlich würden viele Araber und Muslime davon betroffen sein. Das, befürchte ich, wird das iranische Regime aber im Zweifelsfall nicht so sehr interessieren.

Es ist nicht gesagt, dass ein Atomwaffeneinsatz gleich auf dem Programm steht. Es ist auch nicht klar, ob er sich vorrangig gegen Israel richtet. Es ist auch durchaus denkbar, dass es ein Krieg mit arabischen Konkurrenten gibt. Sicherlich ist es erstmal ein Drohmittel. Die Gefahr ist dann am größten, wenn das Regime endgültig mit dem Rücken zur Wand steht. Also in einer Situation, in Assad ungefähr jetzt ist: Wenn man nichts mehr zu verlieren hat und der Welt noch mal eine Botschaft hinterlassen will. Dann wird es wirklich gefährlich.

## **Der Hariri-Prozess in den Haag**

*Jonathan Weckerle: Vielen Dank. Dann an Markus Bickel noch einmal die Frage zum Hariri-Tribunal: Ist das nicht eine Vorverurteilung und welche Bedeutung hat das?*

**Markus Bickel:** Es ist richtig, dass noch kein Urteil im Hariri-Prozess gefallen ist. Er hat auch noch gar nicht begonnen. Aber eine Anklageschrift ist letztes Jahr veröffentlicht wurden, und darin erhebt der Chefankläger Daniel Bellemare den Vorwurf, dass der vorhin erwähnte Schwager Imad Mughniyyas, Mustafa Badreddine, der Drahtzieher des Anschlags auf Hariri war. Und daneben sind noch drei weitere Hisbollah-Mitglieder genannt, die diesen Anschlag auf dem Boden ausgeführt haben sollen. Politische Motive für den Anschlag nennt die Anklageschrift nicht. Die findet man vielleicht in den Berichten, die Detlev Mehlis oder Serge Brammertz vorher veröffentlicht haben, wo eben die syrische Verwicklung beziehungsweise die politischen Gründe genannt dafür werden, wieso Hariri, der einen von Syrien unabhängigen Libanon haben wollte, ein Dorn im Auge Assads war und deshalb beiseite geschafft werden sollte.

## **Sanktionen oder Verhandlungen?**

*Jonathan Weckerle: An Jörn Schulz die beiden letzten Fragen nach Sanktionen: Ist das der falsche Weg? Und Verhandlungen mit dem Iran, warum haben Sie darüber nicht gesprochen?*

**Jörn Schulz:** Sanktionen würde ich auftrennen: Die Art und Weise, wie man es im Irak in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre gemacht hat, war definitiv verkehrt. In der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre wiederum war der Hunger die Schuld des Regimes. Die Öleinnahmen, das Geld, das für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stand, waren ab 1995 war dies genauso hoch wie vorher, und theoretisch hat das Regime das Geld auch zur Versorgung der Bevölkerung ausgeben können. Wenn das in der zweiten Hälfte der Neunziger nicht geschehen ist, geht das auf Saddam Hussein zurück. Während das, was in der ersten Hälfte passiert ist, also die Hungerblockaden, kritikwürdig ist.

Worum es im Moment im Iran geht, sind Sanktionen gegen die Ölwirtschaft. Letzten Endes geht es darum, dass man das entsprechende Kapital hat, um militärisch aufrüsten zu können, um ein Atombombenprogramm betreiben zu können. Natürlich müsste man, wenn es tatsächlich zu einer Hungerkrise kommen sollte, was derzeit nicht absehbar ist, dagegen etwas unternehmen. Wobei natürlich auch die andere Seite zu beachten ist: Die Frage ist auch, warum ist es wichtiger, dass die Revolutionswächter ihre neuen Raketen bekommen und man Uran anreichern kann, wenn man es woanders so viel günstiger einkaufen kann? Und dass selbst wenn man meint, man braucht ein Atomkraftwerk, die Iraner trotzdem vernünftig leben können sollten. Das ist eine zukünftige Frage, die, wenn es tatsächlich zu humanitären Notlagen kommen sollte, zu diskutieren ist.

Grundsätzlich ist es durchaus so, dass Oppositionelle häufig solche Sanktionen befürwortet werden, wie es beispielsweise auch der ANC unter dem Apartheid-Regime getan hat. Auch dann, wenn sie die Bevölkerung treffen. Damals sagte eher die politische Rechte: Die armen Schwarzen, das kann man doch nicht machen, stattdessen muss man verhandeln oder die Apartheid reformieren oder ähnliches. Heute kommt es eher aus der Linken. Man sollte natürlich mit möglichst repräsentativen Oppositionsgruppen über diese Linie reden und auf das hören, was sie zu sagen haben. Das ist eine Bedingung für die sinnvolle Weiterführung der Sanktionspolitik. Dennoch kann es natürlich sein, dass die Leute durchaus bewusst sagen: Das geht jetzt erstmal noch weiter auf unsere Kosten, weil das Geld knapper wird. Aber im Rahmen des Kampfes um den Regime Change, wie es auch unter der Apartheid war, kann es eben sinnvoll sein.

Was die Verhandlungen betrifft, ist natürlich ein Problem, worüber man überhaupt verhandelt. Wenn der Iran sagt: Ein militärisches Atomprogramm gibt es nicht, was ist dann der Punkt der Verhandlung? Worauf will man hinaus? Bis jetzt gibt es auf Seiten des Irans keine Bereitschaft, ein ernstzunehmendes Zugeständnis zu machen. Und das grundsätzliche Problem ist die Möglichkeit dieser zivilen Nutzung bis kurz vor der Atombombe. Dabei muss man auch Kritik am internationalen Recht üben, das dies zulässt. Das macht die Verhandlungen häufig etwas fragwürdig: "Wir dürfen das doch. Ihr müsst uns sogar die Technologie kostenlos zur Verfügung stellen." Da muss die Kritik dem internationalen Recht gelten, dass das tatsächlich notwendig macht. Juristisch betrachtet ist es aber Fakt, dass die Iraner gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen verstoßen. Darauf beruht das Sanktionsregime. Und als Kritiker der zivilen Nutzung der Atomkraft sage ich: Auch das sollte man besser bleiben lassen. Eine Bereitschaft,

aufzugeben, was sie tun, ist nicht erkennbar. Und die Geschichte dauert bereits zehn Jahre an.

## **Stellvertreterkriege und Präventivschläge**

**Publikum 6 (Harry Leer):** Würden sich die USA an einem möglichen Präventivschlag von Israel auf den Iran beteiligen, und wenn ja wie? Ich kenne zwei Äußerungen: Zum einen hat Obama betont, Israel sei wichtigster Alliiertes. Zum anderen gab es andere Signale, dass er Sarkozy beipflichtete, Netanjahu sei ein Lügner. Und Leon Panetta hat ausgesagt, Israel habe sich in der arabischen Welt nicht genug engagiert und ist deshalb ins Hintertreffen geraten. Wie würden Sie es einschätzen, ob die USA sich bei einem Präventivschlag beteiligen würden?

**Publikum 7 (Christian Zimmermann):** Seit Tagen liest man auch, dass sich aus dem Irak bewaffnete Einheiten nach Syrien begeben. Findet in Syrien nicht längst ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi Arabien und Iran statt?

**Publikum 8:** Eine Ergänzung zu Herrn Schulz und dem Einsatz der Bombe: Die „Bombe“ wird in erster Linie gegen das Volk eingesetzt. Das zeigt ein Blick nach Nordkorea mit so viel verhungerten Menschen. Sie haben auf wirtschaftliche und nichtökonomische Aspekte hingewiesen. Während solche entwickelten Länder wie Deutschland versuchen, sich von der Atomenergie zu befreien, geriet solch ein Regime mit russischer Atomtechnik an ein solches Programm. Das will das Volk eigentlich nicht. Sie kommen mehr in Abhängigkeit vom Uran. Denn Iran hat nicht so viel Uran und ist darauf angewiesen, Uran vom Ausland mit einem sehr hohen Preis zu kaufen. Sie zahlen viel mehr, als wenn sie es unter normalen Umständen kaufen würden.

**Markus Bickel:** Der Hinweis auf die Islamisten, die aus Irak nach Syrien zurückkommen, ist wichtig. In den Jahren 2003 oder 2004 war der Vorwurf an die Syrer, die Islamisten nach Irak ziehen zu lassen, um dort die Amerikaner zu bekämpfen. Das sind zum Teil ganz normale Waffenschmuggler, nicht unbedingt mit politischen Interessen dahinter, die ihre Waffenreservoirs haben und die an die Meistbietenden verkaufen.

Ob das ein Stellvertreterkrieg Irans gegen Saudi Arabien ist, bin ich mir nicht sicher. Was man in Syrien aber tatsächlich beobachten kann, ist, was ich als „Libanisierung Syriens“ bezeichnen kann. Wenn wir uns erinnern: Als der Bürgerkrieg im Libanon begann, sprach man immer von der „Balkanisierung des Libanon“. Sprich: Jeder gegen jeden. Christen gegen Muslime. Schiiten gegen Sunniten und so weiter. Dann endete der Bürgerkrieg im Libanon 1990. Und in Jugoslawien begann ein Bürgerkrieg. Dann sprach man in Jugoslawien von der „Libanisierung Jugoslawiens“.

Jetzt findet in Syrien das statt, was im Libanon damals stattfand, nämlich dass diese auch multikonfessionell gesplante Gesellschaft in ihre Einzelteile zerfällt. Das sind nicht nur konfessionelle Bruchlinien, aber sicherlich auch. Und Saudi Arabien als Förderer extremistischer und konfessioneller Strömungen spielt in Syrien natürlich eine Rolle und hat auch über Jahre einen Konflikt mit Syrien gehabt. Hariri war nicht nur libanesischer Ministerpräsident, sondern auch saudi-arabischer Staatsbürger, und als er ermordet wurde, war Saudi Arabien ganz vorne mit dabei, Syrien zu kritisieren.

Inwieweit deshalb Saudi Arabien ein Interesse hat, dass Assad stürzt, ist offensichtlich. Ich würde trotzdem nicht von einem iranisch-saudi-arabischen Stellvertreterkrieg sprechen, weil die Interessen Syriens als arabische Regionalmacht stark genug sind, um sich nicht nur als Anhängsel Irans zu begreifen.

*Jonathan Weckerle: Danke schön. Nun eine kurze Einschätzung von Jörn Schulz zum Thema Präventivschlag.*

**Jörn Schulz:** Ich bin da immer ein wenig vorsichtig. Gerade wenn öffentliche Äußerungen in diese Richtung kommen, dann wird das mit aller Wahrscheinlichkeit nichts mit dem zu tun haben, was wirklich hinter den Kulissen gesprochen wird. Grundsätzlich ist es so, die Israelis betrachten das gar nicht so sehr als "ihr" Problem. Darum soll sich gefälligst die internationale Gemeinschaft kümmern. Das geschieht jetzt ein wenig. Dennoch kann es sein, dass es zu militärischen Aktionen kommt. Rein militärisch gesehen wird es den Israelis sehr schwer fallen, sie ganz alleine vorzunehmen. Das fängt bei ganz banalen Sachen wie Überflugrechten an. Die Flugzeuge müssen betankt werden. Spätestens dafür braucht man die Zustimmung zumindest einiger arabischer Staaten. Mit ihren Kampfjets kommen sie vielleicht noch so durch, die kann man nicht abschießen, aber ein Tankflugzeug ist eine sehr gute Zielscheibe. Das heißt, ganz ohne die Kooperation der USA würden sie das wahrscheinlich nicht hinbekommen. Zumindest sind die entsprechenden Waffensysteme, die dafür theoretisch geeignet wären, also Cruise Missiles oder ähnliches, noch nicht so weit. Das heißt: Wenn militärische Aktion, dann müssten mehrere Staaten beteiligt sein.

Für den Fall, dass dies geschieht, gibt es zwei Optionen. Es gibt eine Option, die die Israelis völlig raus hält, dass es Amerikaner und Golfmonarchien machen. Die zweite Option ist, dass es die Amerikaner alleine machen. Die Israelis werden es im Alleingang nur im äußersten Notfall tun. Ob dieser Notfall jetzt bereits gegeben ist, würde ich bezweifeln.

Das Argument mit der Verbunkerung finde es nicht so ganz überzeugend. Wie tief kann man tatsächlich eine Anlage verbunkern? Und selbst wenn man das tut, sie muss ja auch mit Strom versorgt werden. Die Urananreicherung benötigt sehr viel Energie. Die Amerikaner haben, soviel ich weiß, für die ersten Atombomben 10 Prozent des Stroms der USA verbraucht. Im Iran wird vielleicht heute mehr Strom verbraucht als vor 50 Jahren in den USA, aber das nur als Anhaltspunkt. Es geht nicht nur um die Verbunkerung bestimmter Anlagen, sondern auch um Infrastruktur, die dafür notwendig ist. Das andere Problem ist allerdings, dass es mittlerweile so komplex geworden ist, dass man auch nicht weiß, wer hat nun was versteckt. Und auch die Iraner eine ganze Menge Zeit hatten, sich auf einen Angriff vorzubereiten. Wenn es jedoch zu einem Angriff kommt, wird es ein Angriff mehrerer Staaten sein.

## **Die deutsche Politik zu Iran und Syrien**

**Publikum 9:** Ganz kurz zwei Anmerkungen. Gestern gab es in "Report Mainz" einen Beitrag über die deutschen Behörden, dass sie seit 2009 wussten, dass in Syrien gefoltert wird und sie trotzdem 73 Syrer abgeschoben haben, wovon mindestens 14 in syrischen Gefängnissen landeten. Von fünf ist bekannt, dass sie schwersten Folterungen

ausgesetzt worden sind. Kann man sich auf der Webseite und im Fernsehbeitrag von "Report Mainz" ansehen.

Das andere ist: Einige von den Anwesenden kennen "NUMOV", den Nah- und Mittelost-Verein e.V., der hier um die Ecke seinen Sitz hat und die ganzen wirtschaftlichen Beziehungen regelt, mit ihrem Ehrenvorsitzenden Herrn Gerhard Schröder, der 2009 bei Chatami und Ahmadinedschad vor Ort war. Da gibt es eine wunderschöne fünfseitige Bilderserie auf der Webseite der NUMOV. Die NUMOV feiert dieses Jahr ihre Jahreskonferenz am 8. Mai. Am 8. Mai hier in Berlin. Ich würde von Ihnen gern ein Statement hören, wie Sie die NUMOV in ihrer Politik bezüglich dem ganzen Nah- und Mittelost-Raum einschätzt, mit Schröder und anderen wichtigen Leuten aus Deutschland. Das ist diese Doppelmoral. Und dann sich einen Appell für den 8. Mai oder im Vorfeld schon zu überlegen und dann dagegen etwas zu unternehmen.

**Publikum 10 (Herr Schenk):** Eine Frage zu den sunnitischen Islamisten: Sie sind weniger problematisch im Moment für uns hier im Westen als vielleicht schiitische Islamisten. Der Begriff "moderat" wird auch gern benutzt. Woraus soll man zum Beispiel bei den ägyptischen Muslimbrüdern wirklich konkret entnehmen, dass sie gegenwärtig in einer gewissen Konfrontation zum iranischen Regime stünden, zumal es in den vergangenen Monaten immer wieder Stimmen in Kairo gab, sowohl aus der Generalität als auch aus anderen politischen Kreisen, doch engere Beziehungen zum Iran anzustreben? Auch wenn das unter dem Druck der USA immer wieder zurück genommen wurde, so ist es doch da. Und die Türkei hatte einen früheren Vorgänger der jetzigen AKP, Herr Erbakan, der reiste mit dem iranischen Botschafter durch die Türkei und hielt gemeinsam Reden. Ich kann noch nicht erkennen, dass die Türkei grundsätzlich nicht im Stande sei, sich mit islamistischen Zielsetzungen zu verbünden.

Und zweitens zur deutschen Politik: Es fand kürzlich die Münchner Sicherheitskonferenz statt mit einem Vorsitzenden, der Ischinger heißt, der quasi schon vorweg nahm, dass der Iran die Atombombe haben wird. Und wir Deutschen werden dann eine knallharte Containment-Politik wie im Kalten Krieg gegen den Iran machen. Unter dieser Containment-Politik würden die dann schon zusammenbrechen. Wie beurteilen und analysieren Sie die vorweggenommene Akzeptanz der Bombe in der Hand der Mullahs?

**Publikum 11:** Wir haben hier sehr viel und sehr kenntnisreich über militärische Optionen und Interessen der Regierungen und Herrschenden spekuliert. Mich würde zum Schluss noch mehr Spekulationen in die Richtung interessieren, wie die gesellschaftliche Dynamik insbesondere in Syrien überhaupt war und wo sie hinträgt. Was war überhaupt der Motor der Aufstände in Syrien und was ist davon übrig? In welche Richtung gehen diese?

*Jonathan Weckerle: Es ist auf jeden Fall gut, dass der Skandal mit Folter und Abschiebung angesprochen wurde. Im zweiten Punkt kam die Frage nach NUMOV und was will die deutsche Wirtschafts-Nahost-Lobby. Was ist das Interesse des Kapitals bezüglich Irans und Syriens?*

**Jörn Schulz:** Das Kapital will natürlich immer Geschäfte machen. Das ist keine große Neuigkeit. Ich hab hier wenig über die deutsche Außenpolitik gesprochen, weil diese momentan außerhalb Europas glücklicherweise nicht wirklich von Interesse ist. Auch im Nahen Osten nicht. Diese Entscheidung, sich in Libyen zu enthalten - niemand

interessiert sich großartig dafür, was die Deutschen darüber denken. Wichtig sind natürlich die USA, und innerhalb Europas sind es vor allem Frankreich für Nordafrika und immer noch Großbritannien.

Was die deutsche Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten tatsächlich auszeichnet und wobei NUMOV eine wichtige Rolle spielt als Lobbyorganisation, ist Geschäfte machen um jeden Preis. Und ein, wenn man es vorsichtig ausdrücken will, sehr zögerliches Herangehen an Sanktionen, wenn es damit zu tun hat, dass man wirklich auf ein Geschäft verzichten muss. Siemens hat beispielsweise noch 2009 in Teheran Fortbildungen in Gaszentrifugentechnologie angeboten, die auch zur Urananreicherung verwendet wird. Mittlerweile ist die entsprechende Seite von der Homepage weg. Wahrscheinlich gibt es die Fortbildung auch nicht mehr. Und bei NUMOV versammeln sich die Leute, die zumindest sagen: Fragen zu Demokratie und Menschenrechte sind uns bei der Geschäftemacherei nicht wichtig.

Möglicherweise, aber das führt jetzt ein wenig weit, stecken auch außenpolitische Ziele dahinter, die ein wenig weiter gehen. Es gab ja immer wieder dubiose Äußerungen: „Wir Deutschen suchen uns unsere Verbündeten selbst“. Der „Westen“ ist schön und gut, aber was man mit den Russen kann oder den Chinesen oder vielleicht den Iranern, macht man eben. Es ist eine mögliche Gefahr, dass man noch stärker als bisher auf Diktaturen oder Autokratien wie Russland zugeht. Aber das ist noch nicht wirklich absehbar.

Definitiv kann man sagen, dass sich NUMOV immer mit Händen und Füßen gegen die Iran-Sanktionen gewehrt hat. Das tun sie wahrscheinlich auch jetzt, auch wenn man es nicht immer mitbekommt. Um den Unterschied zu kennzeichnen, wie es andere Staaten handhaben - auch in den USA will das Kapital natürlich verdienen: Hier in Deutschland gibt es diese Kuschelei und diese Konsensgesellschaft, einer will dem anderen nicht auf die Füße treten. In den USA ist es so: Man hat einen großen Spielraum als Unternehmer, aber wenn der Staat sagt, „das machst du nicht“, dann macht man das auch nicht. Und wenn man es doch macht, kann man zehn Jahre im Gefängnis landen. In Deutschland völlig undenkbar. Das hat, glaube ich, wirklich etwas mit einer speziellen politischen Psychologie der herrschenden Klasse und ihres Personals zu tun, die ich weder wirklich analysieren noch nachweisen kann. Aber der Unterschied ist tatsächlich sichtbar. Die Amerikaner wollen natürlich auch Geschäfte machen, aber sie ziehen die Sanktionen knallhart durch. Das kann man sich im Internet anschauen. Da gibt es einmal im Monat einen Bericht und wenn jemand für 50.000 US-Dollar etwas an Iran verkauft hat, dann gibt es Ärger. Das ist in Deutschland ein wenig schwierig.

Kurz zu sunnitischen Islamisten und zur Mäßigung: Bei der Mäßigung muss man immer vorsichtig sein. Ich plädiere da durchaus für Misstrauen. Das muss man einfach abwarten. Wir haben ja vorhin schon etwas über die Türkei gesprochen. Was man da sehen kann, ist auf der einen Seite: Sie betreiben ihre Art der Islamisierung. Man kann sagen, Erbakan war tatsächlich noch Islamist. Erdogan war in seiner ersten Amtszeit eher demokratisch. In der zweiten Amtszeit macht er wieder etwas mehr auf Islam. Dennoch ist es keine islamistische Diktatur. Das heißt, natürlich wäre mir mehr Säkularismus wesentlich lieber. Am besten man trennt Religion und Politik völlig.

Es kann natürlich schon sein, das noch einiges auf einen zukommt, in Ägypten, vielleicht auch in Tunesien, das ja etwas säkularer ist. Wirklich freie Wahlen gab es in Tunesien, nicht in Ägypten, wo auch manipuliert worden ist. Vor allem die 20 Prozent für die

Salafisten finde ich ausgesprochen verdächtig, denn die kommen aus dem Nichts. Wenn man sich Tunesien anschaut, kann man es auch umgekehrt betrachten. 60 Prozent der Bevölkerung haben explizit säkulare, linksliberale Parteien gewählt. Also die Mehrheit. Nur dass die zersplittert sind, und die En Nahda ist eine Front. Aber die 60 Prozent Säkularisten gibt es eben auch. Und das wissen die Islamisten. Die Realpolitik drängt sie wirklich zur Mäßigung. Unter anderem deshalb auch die Absage an den Iran. Dabei spielen natürlich auch machtpolitische Faktoren eine Rolle. Das ist das Pendant zur Phase des arabischen Nationalismus. Wenn von „arabischer Einheit“ die Rede war, war es im Grunde immer die Absicht eines Staatschefs, im Rahmen einer feindlichen Übernahme einen anderen Staat zu übernehmen. Bei den Islamisten funktioniert das nicht so viel anders. Jeder, der sich zu eng an den Iran anbindet, weiß natürlich, ein Bündnis kann einem Vorteile bringen, aber man schaut auch immer auf seine eigenen Interessen. Und die sind im Falle der ägyptischen Islamisten definitiv nicht auf iranischer Seite, denn, egal wo man das Geld herbekommen möchte, aus dem Westen oder den Golfmonarchien, in jedem Fall ist eine Distanz zum Iran erforderlich.

*Jonathan Weckerle: Danke schön! Markus Bickel kommt gerade aus Ägypten. Vielleicht noch ein Statement dazu? Und dann zum Schluss die Frage zu Syrien: wohin treibt dort die Protestbewegung?*

## **Die syrische und ägyptische Protestbewegung**

**Markus Bickel:** Bei Ägypten nur ergänzend zu Jörn Schulz: Ich war in den Tagen in Ägypten, als das Massaker im Fußballstadien von Port Said geschah und darauf folgend die Zusammenstöße vor dem Innenministerium in Kairo. Dort stießen aufeinander die Polizei und die "Tahrir- Bewegung", also die Basis des Aufstandes vom vergangenen Jahr. Die Muslimbrüder hielten sich eher im Hintergrund. Es ist oft die Rede von einem Geheimpakt zwischen Militär und Muslimbrüdern. Auf die strategische Frage, wenn sie denn den Präsidenten nach den Wahlen im Sommer stellen sollten, werden sie sich wieder dem Iran mehr annähern oder doch den Golfmonarchien oder überhaupt die Rolle Ägyptens als große zentrale Regionalmacht wieder einnehmen? Da ist sehr viel im Fluss und es wäre pure Spekulation, dazu etwas zu sagen. Es hängt auch von den Wahlen in den Vereinigten Staaten ab, ob Obama noch an der Macht bleibt oder die Republikaner übernehmen.

Auch die Entscheidung der Hamas, sich von Iran zumindest etwas zu distanzieren und sich den Golfmonarchien anzunähern, ist noch keine endgültige. Die Hamas hat mindestens vier Zentren, und inwieweit diese sich in Kairo zu Hause fühlen, sind Fragen, die sich ein Jahr nach Beginn der Aufstände noch nicht klären lassen. Das ist wahrscheinlich eine etwas unbefriedigende Antwort, aber so ist die Situation in der Region zurzeit einfach.

Zu Syrien: Der Aufstand begann in der Provinz, nicht in Damaskus. In Dar'aa waren es eigentlich erst einmal nur 14- oder 15-jährige Schüler, die diesen Spruch „Das Volk will den Sturz des Regimes“- der zum ersten Mal in Tunis zu hören war und dann nach Kairo überflog – an die Schulwand spraysen. Sie brachten sich damit ins Gefängnis und wurden zum Teil geschlagen und geprügelt. Dass sie diesen Spruch hingeschrieben haben, zeigt die Bedeutung von Al Jazeera und Al-Arabiya. Zur Frage: Was hat sie getrieben? Sie sahen, dass Leute mit ähnlich wenig Perspektiven wie sie selbst in Tunesien, in Ägypten

es gewagt haben, zu sagen: Wir wollen Freiheit. Wir wollen Gerechtigkeit. Demokratie würde ich es nicht nennen. Das war der Auslöser für den Aufstand in Syrien. Und der lebt in den zivilen Komitees fort. Die Gefahr, die ich sehe, ist, dass bewaffnete Gruppen, die nur Machtinteressen haben oder sich bereichern wollen, diesen zivilen Kern des Aufstands an den Rand drängen. Man kann sagen, der Bürgerkrieg hat bereits begonnen. Das ist nicht nur einer von Armee gegen bewaffnete Gruppen, sondern auch einer, der wahrscheinlich zwischen Alawiten und Sunniten-Milizen geführt wird. Wahrscheinlich ist auch Al-Qaida, oder wie auch immer der sunnitische Ableger sich nennt, mit dabei. So wie er in Libyen auch dabei war. Und es wird einfach immer chaotischer in Syrien werden.

Zwischen Milizen haben zivile Aufständische wenig Chance, sich durchzusetzen. Insofern ist es bewundernswert, dass immer noch jeden Tag Leute demonstrieren und sich niederschließen lassen. Vorigen Sommer waren es 5 bis 6 Leute am Tag, die erschossen wurden. Jetzt sind die Todeszahlen bei 40 bis 50. Es sind natürlich nicht nur Demonstrationen, wo Leute umkommen, sondern auch bewaffnete Auseinandersetzungen. Aber diese Unterstützung der zivilen Komitees und des zivilen Kerns der Opposition in Syrien ist sehr wichtig, um zu verhindern, dass bewaffnete Gruppen, sollten sie Assad bezwingen, sich am Ende die Posten aufteilen, wie es in Libyen tendenziell ist.

*Jonathan Weckerle: Danke schön. Zum Thema Ischinger gab es kein Bedürfnis der Referenten, etwas zu sagen. Ich kann darauf verweisen, dass die Kampagne "STOP THE BOMB", die zu Iran arbeitet, zum Statement von Ischinger eine [Presseerklärung](#) gegeben hat. Wer sich darüber informieren will, was vor der Münchner Sicherheitskonferenz lanciert wurde, nämlich dass deren Leiter sagte ‚wir müssen den Tabubruch jetzt tun und mit der iranischen Atombombe leben‘.*

## **Wie steht die drusische Minderheit zum Aufstand?**

**Publikum 12:** Eine Frage noch zu den Drusen. Es gibt sowohl in Syrien, als auch im Libanon, als auch in Israel drusische Bevölkerung in den Bergregionen. Und in den libanesischen Medien ist seit zwei Tagen die Rede davon, dass Quds-Brigaden aus dem Iran und schiitische Islamisten von der Mahdi-Armee aus Irak und Hisbollah in diese Gebiete ganz massiv eindringen und die Drusen unter Druck setzen. Und es gibt auf YouTube immer mehr Videos von drusischen Offizieren der syrischen Armee, die sich der Befreiungsbewegung anschließen. Das ist eine interessante Entwicklung. Weiß jemand etwas darüber? Danke.

**Markus Bickel:** Im Dezember habe ich im Libanon den libanesischen Drusenführer, Walid Dschumblat, getroffen. Er hat den Machtwechsel von Saad Hariri zu der von der Hisbollah gestützten Regierung durch seinen Richtungswechsel eingeleitet. Er hat sich auch mit Assad versöhnt, nachdem er ihn vor 5, 6 Jahren noch als Affen bezeichnet hat. Er war zum letzten Mal im Juni in Damaskus bei Assad und hat im Grunde mit Assad gebrochen. Die Berichte, dass drusische Bevölkerungsschichten in Syrien sich dem Aufstand angeschlossen haben, weisen darauf hin, dass das jetzt passiert.

**Jonathan Weckerle:** Dann hoffen wir, dass Dschumblat einmal wieder den richtigen Riecher für wechselnde Machtverhältnisse hat und Assad und Hisbollah sich tatsächlich

auf der Verliererstraße befinden. Ich bedanke mich im Namen von Scholars for Peace in the Middle East und dem Mideast Freedom Forum Berlin nochmals ganz herzlich bei den Referenten für ihre kenntnisreichen Beiträge und auch bei Ihnen im Publikum für Ihr Kommen und Ihre Beiträge zur Diskussion. Ich hoffe, wir dürfen Sie auch bei der nächsten [Veranstaltung der Berlin Middle East Talks](#) wieder begrüßen!

*Transkription: Robert Ziegler. Redaktionelle Bearbeitung: Christian Stock/ Robert Ziegler (iz3w – informationszentrum 3. welt)*